



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Politik

Staatenbund von Nordeuropa. Der große Gemeinschaftsgedanke, der in der friedlichen Entwicklung des letzten Menschenalters so stark in den Vordergrund getreten ist und sich auf so vielen Gebieten segensreich erwiesen hat, ist nun auch im Kriege zu einer kaum geahnten Geltung gelangt. Trotz der höchsten Anspannung aller Kräfte, die wir in Deutschland bewundern durften, die bis zu einem gewissen Grade auch bei den übrigen kriegsführenden Mächten beobachtet werden konnte, scheint es doch auf allen Seiten von vornherein für notwendig erachtet zu sein, eine Vereinigung von Kräften anzustreben, um den Erfolg der eigenen Anstrengungen zu verstärken und zu sichern. Ist diese Erkenntnis bei den Großmächten, selbst über die Grenzen Europas hinaus, durchgedrungen, so daß in der Tat ein Weltkrieg entbrannt ist mit besonderem Gepräge, so ist die Lage der mitten zwischen den kämpfenden liegenden kleineren Staaten eine doppelt schwierige geworden. Unsicher war sie im Grunde immer, wenn man die Wahrheit sagen will. Dabei war und ist es nicht entscheidend, ob die einem solchen Staatswesen benachbarten Mächte tatsächlich Eroberungsgelüste hegen. Jedenfalls besteht die Befürchtung, und sie ist auf keine Weise zu bannen, nicht durch die stärksten Tatsachen, auch nicht durch den dreißigjährigen Frieden, den Deutschland bewahrt hat. Die beständige Sorge, verschlungen zu werden, ist aber nicht allein für das Selbstbewußtsein eines ehrliebenden Volkes drückend und auf die Dauer unerträglich, sondern sie schädigt auch Handel und

Verkehr und untergräbt das Ansehen der Regierung. Denn jede Regierung muß den Wunsch hegen, der Bevölkerung diejenigen Steuern zu ersparen, die in einem großen Staatswesen mit großen Zielen unerlässlich sind, sie muß aber auch aus dem begreiflichen Gefühl der Unsicherheit heraus wünschen, nach Möglichkeit für den Schutz der Grenzen zu sorgen. Beides wirksam miteinander zu vereinigen, ist offenbar schwierig, wenn nicht unmöglich. Ein nahe liegendes, warnendes Beispiel kleinstaatlicher Ohnmacht bietet das Schicksal des Königreichs Belgien. Trotz der völkerrechtlich verbürgten Neutralität wurde Belgien innerhalb weniger Tage zum Kriegsschauplatz für Franzosen, Deutsche und Engländer. Nachdem Frankreich sich die belgische Willfährigkeit gesichert hatte, rückten die deutschen Heere ein. Dann folgten die Engländer, selbstlos wie immer, nur von strengem Rechtsgefühl, von der Empörung über den Bruch der belgischen Neutralität und von reiner Menschlichkeit dazu getrieben, Millionen Menschen ins Unglück zu stürzen. Eine einfache Wahrheit trat nun zutage: ein Land, das nur vom Völkerrecht geschützt wird, ist schutzlos. Kann es sich nicht selbst mit seinen Waffen schützen, so bleibt nichts weiter übrig, als daß es seine Kräfte mit denen Stärkerer vereinigt. Nur so kann es dem unwürdigen Schicksal entgehen, zum Spielball fremder Mächte zu werden. Die Unabhängigkeit des Kleinstaats ist ein leeres Wort. Will der Staat seinen Bestand sicherstellen, will er Tatsachen an die Stelle von Worten setzen, so muß er sich dauernd mit einem Großstaat verbinden, der sich auf seine eigene Kraft stützt und stützen kann. Ist

dieser Schluß richtig — und er läßt sich durch bekannte Beispiele belegen —, so liegt es in dem wohlverstandenen Interesse von Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, sowie der Schweiz, mehr aber noch von Belgien, — wenn der Zeitpunkt nicht verpaßt sein sollte, — sich zu einem dauernden Schutz und Trugbündnis mit dem Deutschen Reiche zu vereinigen.

Die Errichtung eines Staatenbundes zu dem Zwecke wird, wie betont werden soll, nicht nur zum Besten der bezeichneten Staaten empfohlen. Auch für Deutschland würde damit ein bedeutender Nachzuwachs verbunden sein. Die Vorteile liegen auf beiden Seiten, wie dies bei einem auf natürlicher, gesunder Grundlage ruhenden Bündnis stets der Fall sein muß. Es ist auch zuzugeben, daß die Errichtung eines Staatenbundes für seine Mitglieder in Hinsicht auf ihre Handlungsfreiheit Opfer mit sich bringt. Das liegt in der Natur der Dinge, in dem Begriff der Vereinigung. Die großen Millionenunternehmungen auf dem Gebiete der Industrie und des Handels in allen fünf Erdteilen wissen sehr wohl, warum sie sich trotz ihrer Größe zusammenschließen, und warum sie den gemeinsamen Interessen so bedeutende Opfer bringen, die nicht etwa nur in Geld bestehen. Ohne Pflichten keine Rechte. Ohne Unterordnung unter den Zweck der Gemeinschaft ist das Ziel der Gemeinschaft nicht zu erreichen. Ein Staatenbund, der ohne die ihm jetzt zur Verfügung stehenden Kolonien nahezu hundert Millionen Menschen umfaßt, der vom Nordkap bis zum St. Gotthardt reicht, der den größten Militärstaat Europas als Kern umschließt, wird im Frieden wie im Kriege eine ausschlaggebende Machtstellung einnehmen, und das um so mehr, als damit zu rechnen ist, daß auch mit Osterreich-Ungarn zum Schutze der gemeinsamen Interessen ein neuer Bund geschlossen wird. Die Kraft und das Ansehen dieses mit eisernen Klammern zusammengehaltenen Staatenbundes kommt mit Notwendigkeit allen seinen Mitgliedern zugute. Ob nicht noch dauernde materielle Vorteile, etwa auf dem Gebiete des Zollwesens, für die Gesamtheit erzielt werden können, das mag einer späteren Betrachtung vorbehalten werden.

Vielleicht erscheint es verfrüht, jetzt schon solche Möglichkeiten ins Auge zu fassen. Wem es aber nicht vergönnt ist, an dem großen Kampf unmittelbar teilzunehmen, dem schweifen leicht über Blut und Eisen der Gegenwart hinweg die Gedanken in die Zukunft, da wieder Friede ins Land zieht. Daß dieser Friede ein ruhmreicher sein wird, daß am letzten Ende unsere Waffen siegreich bleiben, das ist wohl mehr als eine deutsche Hoffnung. Auf dieser Annahme ruht der Plan, der oben in leichten Umriffen dargestellt ist. Er wird bekämpft und verspottet werden. Gelingt es aber, ihn zu verwirklichen, so wird der neue Staatenbund, ebenbürtig der Schöpfung des Deutschen Reiches, zu einer Quelle der Wohlfahrt seiner Glieder, zu einer starken Bürgschaft des europäischen Friedens werden. Justizrat Bamberger

Belgien. Nachdem Belgien freiwillig in die Reihe unserer Gegner getreten ist und nunmehr zum größten Teile in deutsche Verwaltung genommen worden ist, erscheint es angezeigt, und nicht ohne Wert, sich etwas mit seiner inneren Beschaffenheit zu beschäftigen, da leider in weiteren Kreisen des deutschen Volkes keine ausreichende Kenntnis hierüber vorhanden ist. Der Name Belgier hat nur eine politische, staatsbürgerliche Bedeutung, stellt aber keinen völkischen, rassenmäßigen Begriff dar. Dies ist für die Behandlung und Beurteilung der belgischen Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung. Der größte Teil dieser Bevölkerung ist deutschen Stammes und zwar überwiegend niederdeutschen Volkstums. Nur ein kleiner Bruchteil gehört dem hochdeutschen Sprachgebiete an und zwar handelt es sich hierbei nicht etwa um eingewanderte, sondern um geschlossene bodenständige, alteingesessene Bevölkerungskreise, die hauptsächlich in der belgischen Provinz Luxemburg, deren Hauptstadt Arel (Arlon) ist, wohnhaft sind.

Der größte Teil des deutschen Volkstgebietes wird dagegen von dem niederdeutschen Stamme der Vlaamen, dem zahlreichsten Volkskörper Belgiens, besiedelt. Alle die glänzenden Namen und Orte einer großen Geschichte, wie z. B. Brüssel, Löwen, Gent, Brügge, Antwerpen, fallen in das

vlämische Gebiet. Auch die herrlichen Erzeugnisse mittelalterlicher Kunst entstammen hauptsächlich den vlämischen Gebietsteilen Flandern und Brabant. Brabant hat dem deutschen Reiche auch ein edles Fürstengeschlecht geschenkt, das auf den hessischen Thronen seit langen Zeiten bis in die Gegenwart bedeutsam und segensreich gewirkt hat. Es sei hier nur der Namen Philipps des Großmütigen herausgegriffen. Also mit gutem, altem deutschem Volksboden haben wir es in Flandern und Brabant, jenen belgischen Kernprovinzen, zu tun, denen auch einst die Verbindung mit dem alten deutschen Reiche nicht gefehlt hat.

Trotzdem hat sich diese niederdeutsche (niederdeutsche) Welt, die an Geist, Kraft und Zahl überwiegend war und ist, in den jetzigen belgischen Landen allmählich einer romanischen Minderheit untergeordnet, die unter dem Namen Wallonen zusammengefaßt wird. Diese Wallonen sind aber nicht einmal reine Romanen, sondern sie sind stark mit jetzt verwelksten Germanen untermischt. Daher ist Wallonisch auch diejenige französische Mundart, in der sich von allen französischen Volkssprachen am meisten germanische Sprachreste erhalten haben. Bekanntlich enthält ja auch die französische Schriftsprache zahlreiche deutsche Wortstämme, was auf die deutsche Einwanderung nach Gallien zur Zeit der Völkerwanderung zurückzuführen ist. Der Norden und Osten Frankreichs enthält daher auch die tüchtigste Bevölkerung des Landes, weil in ihr viel deutsches Blut steckt, was man noch äußerlich vielen hochgewachsenen blonden Leuten ansieht. Niederdeutsch (vlämisch) wird noch heute in der Nordwestecke von Frankreich, in der Gegend von Dünkirchen, gesprochen. Diese Bevölkerung der Dünkircher Gegend nahmen 1870 teilweise sogar eine feindliche Haltung gegen die französische Obrigkeit ein, worauf ein damaliger französischer Bericht ausdrücklich hinwies, unter Bezeichnung dieser Bevölkerung als niederdeutsch („bas-allemand“).

Der Minderheit der Wallonen in Belgien ist es also gelungen, dem ganzen Lande einen romanischen Stempel aufzudrücken, so daß Französisch als Sprache des Umgangs der gebildeten Stände, der Staatsbehörden sowie

der höheren und mittleren Schulen die Oberherrschaft hat. Die Nachgiebigkeit der gesamten deutschen Masse gegenüber fremden Einflüssen zeigt sich auch hier wieder, sie hat z. B. auch dahin geführt, daß der benachbarte rein deutsche Staat Luxemburg als Amtssprache das Französische benutzte. In dem Vlaamentum Belgiens hat man in der letzten Zeit jedoch in zunehmendem Maße das Beschämende und Unwürdige des seitherigen Zustandes erkannt und die sogenannte vlämische Bewegung hat sich bemüht, dem eigenen Volkstum nach Art und Sprache die berechnigte Geltung zu verschaffen. Es sind dann auch in den letzten Jahren in der Verwaltung und Gesetzgebung Belgiens für die Vlaamen nennenswerte Erfolge tatsächlich erzielt worden. Das Vlaamentum hat es noch nicht erreicht, daß unter den Universtitäten des Landes die französische Ausschließlichkeit beseitigt, und daß wenigstens eine Hochschule, nämlich Gent, ganz oder überwiegend vlämisch wurde. Das ist aber nötig, damit der welsche Firnis, der über den vlämischen Teil Belgiens gezogen ist, beseitigt wird. Die große Mehrheit der Vlaamen hat nun allerdings nicht das Gefühl, daß sie einfach ein Glied des großen deutschen Volkes sind und daß sie die nächsten Stammesbrüder der niederdeutschen (plattdeutschen) Bevölkerung des Nordens unseres deutschen Reiches sind, obgleich sie dies sofort an der Ähnlichkeit und Verwandtschaft der Sprache erkennen müßten. Das ändert nun aber an den unbestreitbaren Tatsachen selbst, wie sie durch Sprache, Blut und Geschichte gegeben sind, nichts und wir Reichsdeutsche, die wir jetzt den Großteil Belgiens in unsere Verwaltung genommen haben, müssen uns dieser Umstände, die für unsere Politik und Verwaltung von der größten Bedeutung sind, stets auf das bestimmteste bewußt bleiben, mag nun unsere Verwaltung vorübergehend oder dauernd sein. Diese Verhältnisse müssen bei der einstigen endgültigen Regelung neben den zwingenden militärischen Erwägungen, die unbedingt auf eine möglichst dauernde Sicherung unseres Volks- und Reichsgebietes abzielen haben, eine wesentliche Rolle spielen. Es kann und darf für die Entschlüsse nicht ohne Bedeutung sein, ob ein feindliches Land, das wir notgedrungen siegreich ge-

nommen haben, einen fremden oder aber einen überwiegend stammverwandten Volkskörper aufweist, wobei es auch nicht ausschlaggebend sein kann, ob diese Stammesgenossen sich zurzeit der Gemeinsamkeit des Volkstums bewußt sind oder nicht. Jedenfalls ist es aber eine Gegenwartsaufgabe der jetzt bestehenden deutschen Verwaltung in Belgien an diese Gemeinsamkeit anzuknüpfen, das Bewußtsein derselben zu wecken und zu stärken und den äußeren französischen Firnis des Landes als solchen zu erkennen und zu behandeln*).

Otto von Pfister

England — der Zuchtmeister der Welt.

Daß unsere lieben Vettern jenseits der Nordsee wahrlich nicht an übermäßiger Bescheidenheit leiden, haben wir immer gewußt. Bis zu welcher Stärke sich aber ihre Anmaßung und Selbstüberhebung allmählich entwickelt hat, das ist uns wohl erst seit dem Beginn des großen Krieges ganz klar geworden. Den Gipfel der Unverschämtheit dürfte jener Aufsatz erreichen, den das Londoner Blatt Daily Chronicle am 1. September gebracht hat und der überschrieben ist: „Was soll mit dem Kaiser geschehen?“ Daß man bereits das Fell des Bären verteilt, bevor man ihn erlegt hat, daß man Landkarten veröffentlicht, auf denen das Gebiet Deutschlands bis auf einen kleinen Rest an die — natürlich siegreichen — Staaten des Dreiverbands aufgeteilt ist, das wollen wir den Engländern nicht einmal so sehr übelnehmen. Wenn aber darin das Verlangen ausgesprochen wird, mit Kaiser Wilhelm, der durch seine Verbrechen gegen Kultur und Zivilisation das Leben verwirrt habe, kurzen Prozeß zu machen, „damit unseren Herrschern die Aufgabe abgenommen wird, die Art seiner Bestrafung festzusetzen“, so fragt man sich unwillkürlich, ob der Verfasser des Aufsatzes noch bei klarem Verstande war, als er diese Zeilen niederschrieb. Die Unverschämtheit, mit der sich England hier anmaßt, den Zuchtmeister über andere Völker zu spielen, erscheint uns so unsäglich, daß wir sie am liebsten für die Ausgeburt eines

*) Man vergleiche zu diesen Ausführungen den Aufsatz von Franz Fromme „Flamen und Wallonen in Belgien“, 1913, Heft 25.

franken Hirns ansehen möchten. Und doch ist diese Überzeugung von dem Verufe Englands als eines Zuchtmeisters der Welt tief im Herzen des englischen Volkes eingewurzelt. Das möge man aus folgenden Zeilen erkennen, die ein bekannter und viel geleesener Schriftsteller Englands, H. Conan Doyle, lange Jahre vor dem Ausbruche des Krieges in der Erzählung „Die Tragödie der Korozko“ niederschrieb und mit denen er gewiß nur das ausdrückte, was so ziemlich jeder Engländer denkt und fühlt.

Es unterhalten sich dort zwei Engländer über die Besitzergreifung Ägyptens durch Großbritannien. Der eine sagt: „Ich bin der Ansicht, daß wir lange genug die Polizisten der Welt gewesen sind. Wir reinigten die Meere von Piraten und Sklavenjägern. Jetzt reinigen wir das Land von Derwischen, Straßenräubern und allem, was sonst eine Gefahr für die Zivilisation sein könnte. Es gibt keinen verrückten Priester, Zauberdoctor oder sonstigen Aufwiegler auf diesem Planeten, der sein Auftreten nicht dadurch anzeigt, daß er nach dem nächsten britischen Offizier sticht. Man bekommt das nachgerade satt. Wenn ein Kurde in Kleinasien losbricht, will die Welt wissen, warum Großbritannien ihn nicht in Ordnung hält. Wenn in Ägypten oder im Sudan sich die Soldaten oder die Eingeborenen erheben, so hat wieder Großbritannien nach dem Rechten zu sehen. Und all das zu einer Begleitung von Verwünschungen, wie sie der Schutzmann zu hören bekommt, wenn er einen Eindrehler unter seinen Spießgefallen festnimmt. Wir ernten derbe Stöße und keinen Dank; warum sollten wir es also tun? Laßt doch Europa selbst seine Schmutzarbeit verrichten!“

„Nun,“ sagte der Oberst Cochrane, „ich stimme Ihnen keinesfalls bei, und ich denke, wenn Sie ein solches Verfahren befürworten, so verrät dies eine sehr beschränkte Auffassung unserer nationalen Pflichten. Ich denke, daß hinter nationalen Interessen, diplomatischen Verhandlungen und alledem eine große leitende Macht steht — in der Tat eine Vorsehung — die immer darauf ausgeht, aus jedem Volke das Beste herauszuholen und zum Wohle der ganzen Welt zu verwenden. Wenn ein Volk aufhört, ihrem Rufe zu ant-

worten, ist es Zeit, daß es für ein paar Jahrhunderte ins Krankenhaus kommt, wie Spanien und Griechenland — es hat seine Tugend verloren. Ein Mann oder ein Volk ist nicht auf diese Erde gestellt, um nur das Angenehme und Nützliche zu tun. Ein Volk wird auch oft aufgerufen, das durchzuführen, was weder Vergnügen noch Nutzen verspricht; aber wenn es offenbar im Recht ist, darf es sich nicht darum drücken, die Arbeit auf sich zu nehmen.

Ein jedes Volk hat seine eigene Aufgabe Deutschland herrscht in der Welt des abstrakten Gedankens, Frankreich in der Literatur, Kunst und Anmut. Aber wir haben unter unseren besten Männern eine höhere Auffassung sittlichen Gefühls und öffentlicher Pflicht, als sich bei irgend einem anderen Volk findet. Nun sind diese beiden Eigenschaften erforderlich, um eine schwächere Rasse zu regieren. Man kann ihr nicht mit abstrakten Gedanken, noch mit anmutiger Kunst helfen, sondern nur mit jenem sittlichen Gefühl, welches die Schalen der Gerechtigkeit gleichmäßig wägt und sich selbst von jedem Flecken der Bestechlichkeit frei hält. So beherrschen wir Indien. Wir kamen dorthin auf Grund eines Naturgesetzes, wie Luft in einen leeren Raum einbringt. Aber die ganze Welt hin werden wir gegen unsere unmittelbaren Interessen und wohlervogenen Absichten dazu gebracht, dasselbe zu tun. . . .

Es gibt auf der Welt keinen Raum für unehrliche, pflichtbergessene, tyrannische, unverantwortliche Regierungen. Solange sie bestehen, werden sie immer eine Quelle der Verwirrung und der Gefahr bedeuten. Aber es gibt viele Massen, die so unfähig erscheinen, sich zu bessern, daß wir niemals hoffen dürfen, aus ihnen eine gute Regierung zu bilden. Was sollen wir dann tun? In einem solchen Fall benutzte die Vorsehung früher das Mittel, sie durch einen männlicheren Stamm auszuwetten — ein Attila oder ein Tamerlan schnitt den schwächeren Zweig aus. Jetzt geht es gnädiger ab, indem die Regierenden oder auch nur die Ratgeber von einer fortgeschrittenen Rasse gestellt werden. Dies ist der Fall mit den innerasiatischen Khanaten und den Schutzstaaten Indiens. Wenn die Arbeit getan werden muß, wäre es, wie ich denke, eine

Feigheit und ein Verbrechen, sich darum zu drücken. . . .

Nehmen wir z. B. Ägypten! Im Jahr 1881 lag unserem Volke in der Welt nichts ferner, als sich irgendwie in Ägypten einzumischen; und dennoch waren wir 1882 im Besitz des Landes. Es gab aber keine Wahl in der Kette der Ereignisse. Ein Gemegel in den Straßen Alexandrias und das Aufzuziehen von Geschützen, um unsere Flotte hinauszutreiben, welche dort lag, wie Sie wissen, um feierlich vertragsmäßig übernommene Pflichten zu erfüllen, führten zu der Beschießung Alexandrias. Die Beschießung führte zu einer Landung, um die Stadt vor der Zerstörung zu retten. Die Landung veranlaßte uns, unsere militärischen Operationen auszu dehnen — und da sitzen wir nun mit dem Land auf dem Halse. Während der Unruhen haben und beschworen wir die Franzosen oder irgendjemand anders, uns zu helfen, Ordnung zu schaffen; aber sie alle ließen uns im Stich, als es Arbeit zu tun gab, obgleich sie bereit genug sind, jetzt auf uns zu schelten und uns Steine in den Weg zu legen. Als wir versuchten, wieder aus Ägypten herauszukommen, entstand jene wilde Bewegung unter den Derwischen, und wir mußten fester denn je sitzen bleiben. Wir haben uns nie nach der Aufgabe gedrängt, aber wo sie jetzt da ist, müssen wir geschickt bis zu Ende durchhalten. . . .“

So weit Conan Doyle. Was für ein Musterstück tiefer, unparteiischer Geschichtswissenschaft sind doch die Ausführungen über die Besitzergreifung Indiens, die Vergewaltigung Ägyptens! Und welch köstliches Bild für den unbefangenen Zuschauer der biedere John Bull, der tränenden Auges, ganz wider seinen Willen gezwungen ist, einen fetten Bissen nach dem anderen in den weitgeöffneten, unersättlichen Schlund zu schieben. Zugleich aber auch welch Beispiel unerhörter Anmaßung und widerlicher Heuchelei! Das aber hat ja England immer meisterhaft verstanden, nicht nur den eigenen selbstfüchtigen Absichten irgendein Mäntelchen der Humanität, Kultur oder Zivilisation umzuhängen, sondern auch die anderen Völker durch die englische Brille schauen zu lassen, ihnen vorzuschreiben, was sie für gut und

was sie für böse zu finden haben: was ich tu', das ist wohlgetan, es bleibt gerecht mein Wille! Nun, wir wissen es ja: die Engländer sind das auserwählte Volk Gottes, und „God is an Englishman“. Möge dieses freche, lästerliche Wort, das hoffen wir zu unserem Gott, in diesem Krieg an ihnen zuschanden werden!

Dr. Julius Voigt

Ein Urteil des Auslandes. „Es handelt sich in der gegenwärtigen Krisis für die Deutschen nicht darum, Edelsinn oder Mitleid zu zeigen, oder dem besiegten Feinde großmütig Verzeihung zu gewähren, sondern vielmehr um einen einfachen Akt der Vorsicht und der praktischen Behandlung der Frage: Was wird der Feind nach dem Kriege tun, wenn er wieder zu Kräften gekommen ist? In England hat man nur eine schwache Erinnerung an die zahlreichen harten Lektionen, die Deutschland durch das Verfahren Frankreichs in den letzten vier Jahrhunderten erteilt worden sind. Seit vierhundert Jahren hat keine Nation so böswillige Nachbarn gehabt, als die Deutschen an den Franzosen, die unverschämt, raubgierig, unerträglich, unversöhnlich auftraten, und stets bereit bereit waren, die Offensive zu ergreifen. Deutschland hat während dieser ganzen Zeit die Übergriffe und Anmaßungen Frankreichs ertragen. . . Die Gesamtmasse der Lügen, welche das offizielle und nicht offizielle Frankreich seit dem Monat Juli mit dem

Bewußtsein, daß es Lüge, zutage gefördert hat, ist unerhört und ganz erschreckend groß.“

So schrieb die Times im Dezember 1870 (Vergl. Moritz Busch: Graf Bismarck und seine Leute, Band 2 S. 107.) Das englische Blatt stand damals ganz überzeugt auf Seiten des Siegers. Der Aufsatz schloß in heller Begeisterung:

„Vermittels ruhiger, grandioser Maßregeln verfolgt Herr von Bismarck mit seinen eminenten Fähigkeiten einen einzigen Zweck: die Wohlfahrt Deutschlands, die Wohlfahrt der ganzen Welt. Möge das großherzige, friedliebende, aufgeklärte und ernsthafte deutsche Volk sich denn zur Einheit gestalten, möge Germania die Königin des Festlandes werden, statt des leichtsinnigen, ehrgeizigen, freisüchtigen und viel zu reizbaren Frankreich. Das ist das größte Ereignis der gegenwärtigen Zeitläufte, dessen Eintritt alle Welt erhoffen muß.“

Die Ausführungen waren gewiß vortrefflich. Wenn der Verfasser aber meint, es sei schwer zu sagen, ob sich jemals eine Nation mit solcher Schande bedeckt hat, wie die französische, so ist die Frage heute nicht schwer zu beantworten. Es gibt ganz sicher eine Nation, richtiger eine Regierung, die viel leichtsinniger, viel schändlicher mit Gut und Blut von Millionen Menschen gespielt hat, — das ist die englische Regierung von 1914.

B.



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber George C. Leinow in Berlin-Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Friedenau, Hedwigstr. 1a.

Serniprecher der Schriftleitung: Amt Umland 8630, des Verlags: Amt Bügwo 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dettauer Straße 86/87.